



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/262 - 10.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Tagung der "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft"	S. 1
Die Erinnerungen des österreichischen Außenministers	S. 3
Das Gesundheitswesen in der Sowjetzone (Denkschrift der SPD)	S. 5

Sie fordern ...

R.D. Die "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" ist zwar spiritus rector, aber nicht identisch mit dem "Verein zur Förderung der Sozialen Marktwirtschaft", der im Wahlkampf durch sein massives Eingreifen für die Bundeswirtschaftspolitik hervorgetreten ist. Er hat zum 18. und 19. November zu seiner 2. Arbeitstagung in das Rheinhotel Dreesen nach Bad Godesberg eingeladen. Seine Tagesordnung ist zugleich ein Programm und eine kategorische Forderung an die Regierung. Sie lautet:

"Wir fordern von Regierung und Bundestag:

Die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft, die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung, stabile Währungsordnung, den vollständigen Leistungswettbewerb, scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft, die Befreiung des Kapitalmarktes, die große Steuerreform, die soziale Befriedigung, die freie Konvertibilität der Währungsnoten, die staatsrechtliche Verankerung der Wirtschaftsordnung und die Integration Europas".

Zu jedem Punkt dieser reichhaltigen Tagesordnung wird einer der bekannten Vertreter der "Sozialen Marktwirtschaft" Stellung nehmen; man liest Namen wie: Rüstow, Böhm, Forberg, Schmolders, Lutz, ... aber Röpke und sein Adlatus Erhard sind im Programm nicht genannt. Man kann sagen, würden ihre Forderungen Wirklichkeit, so ständen uns große staats- und wirtschaftsrechtliche Veränderungen bevor.

Die "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" ist keine politische Institution. Aber nach dem Wahlsieg vom 6. September,

der uns eine Regierung brachte, die sich ausdrücklich auf die Forderungen und Ziele dieser Aktionsgemeinschaft beruft, steht zu erwarten, daß sich aus den angedeuteten Programmpunkten praktische politische Konsequenzen ergeben werden. Ihre Richtung sei an einigen Tagesordnungspunkten angedeutet.

Die "scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft" war schon im Wahlkampf eine markante Forderung der Koalition. Sie bezieht sich auf die Reprivatisierung bundeseigener Unternehmen, auf die weitgehende Rückgabe der Wohnungswirtschaft in die private Hand, die Befreiung der Mieten von der staatlichen Aufsicht und sie entspricht den Wünschen des handwerklichen Mittelstandes nach Auflösung der Regiebetriebe. Diese Forderungen sind teils Eingriffe auf die kommunalen und staatlichen Haushalte, zum anderen bezwecken sie eine neue Einkommensverteilung (Mietserhöhung) zu Lasten der Verbraucher.

Die "Befreiung des Kapitalmarktes" ist eine ebenso bekannte Forderung der Koalitionsparteien. Sie bezweckt, steuerliche Begünstigungen bzw. Entlastung der Kapitalgesellschaften, insbesondere der Aktien und Einschränkung der steuerbegünstigten Anleihen der öffentlichen Hand. Damit sollen die bisher auf dem Wege der Selbstfinanzierung über den Preis zusammengerafften, durch unser Steuersystem aber noch an den Betrieb gebundenen Kapitalien für Dividendenzahlungen befreit und die anfallenden Spargelder fast ausschließlich der privaten Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Der interessanteste Tagesordnungs-Punkt fordert "die staatsrechtliche Verankerung der Wirtschaftsordnung". Hier soll anscheinend u.a. ein Versuch unternommen werden, die nach dem Grundgesetz noch immer mögliche Sozialisierung endgültig aus der Welt zu schaffen, alle bisher möglichen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft zu beseitigen und vielleicht auch die weitere Forderung nach "vollständigem Leistungswettbewerb" kartellrechtlich im Grundgesetz zu befestigen. Man scheint also mit der gegenwärtigen Zweidrittelmehrheit des Bundestages das derzeitige System der privaten Bereicherung für längere Zeit festlegen zu wollen, in der Hoffnung, daß auch nach einem möglichen Siege der Opposition sich sobald keine Zweidrittelmehrheit im Bundestage findet, die in der Lage wäre, das Grundgesetz erneut zu ändern. So scheint es uns die Gegner der Planwirtschaft planen auf lange Zeit und wollen als Verkünder des Wettbewerbs keiner anderen Konzeption die Chance geben, sich im Wettbewerb zu bewähren. Über die soziale Seite der Marktwirtschaft sagt das Programm gar nichts aus. Das kann nach der Praxis der "Sozialen Marktwirtschaft" auch nicht überraschen.

Die "Figl - Fischerci"

Zu der aufsehenerregenden Veröffentlichung von Memoiren des österreichischen Außenministers aus der Zeit seit 1945 schreibt Oskar Pollak in der Wiener "Arbeiter-Zeitung" u.a.:

Wir haben bereits kurz auf die aufsehenerregenden Veröffentlichungen hingewiesen, die ein soeben erschienenes Buch des österreichischen Außenministers Dr. Gruber enthält. Es handelt sich um Auszüge aus seinen "Erinnerungen" aus allerjüngster Vergangenheit. Unter diesen Indiskretionen eines aktiven Außenministers ist jene besonders bemerkenswert, in der er von den Geheimverhandlungen der ÖVP mit den Kommunisten im Mai 1947, der sogenannten Figl-Fischerci, erzählt.

Der Tatbestand dieser geheimen Päckelei gegen Österreich ist bekannt. Aber daß und wie er von einem Minister und leitenden Funktionär der ÖVP selbst erzählt wird, gibt dieser "Erinnerung" erneuerte Bedeutung. Die Hauptbeteiligten waren außer dem früheren ÖVP-Abgeordneten Kristofics-Binder, den früheren ÖVP-Ministern Kraus und Heini, der frühere Bundeskanzler Figl und der jetzige Bundeskanzler Raab.

Vor allem fällt in Dr. Grubers Darstellung folgende Stelle auf. Er schreibt: "Von einem Ministerkollegen erfuhr ich indessen Genaueres: Im Hause des Abgeordneten K. (Kristofics-Binder) fanden regelmäßig Zusammenkünfte von Kommunisten mit wichtigen Persönlichkeiten statt". Regelmäßig! Das ist in der vertuschenden Darstellung, die zu jener Zeit der Öffentlichkeit gegeben wurde, das ist auch in der parlamentarischen Debatte niemals gesagt worden: damals war immer nur von zwei Zusammenkünften die Rede und jeder der Beteiligten, sowohl von der ÖVP wie von den Kommunisten, versuchte sie als möglichst harmlos darzustellen. Regelmäßige Zusammenkünfte der leitenden ÖVP-Funktionäre mit Kommunisten: das macht die gemächlichen Abende bei Herrn Kristofics-Binder, das macht die gelegentliche Päckelei, nach der Aussage Doktor Grubers, zu etwas anderem, das weitaus schwerer wiegt: es war eine regelrechte Verschwörung.

Dies bestätigt Herr Dr. Gruber erst recht in den Sätzen, die er seinem ÖVP-Ministerkollegen in den Mund legt: "Das Ziel dieser Besprechungen sei eine Umbildung der Regierung, aus der alle prowestlich

eingestellten Mitglieder entfernt werden sollten... Allerdings müßte eine maßgebliche Mitwirkung der Kommunisten in der Regierung ins Auge gefaßt werden. Die Sozialisten wären nötigenfalls aus der Regierung auszubooten". Es war, wie Dr. Grubers ganze nachfolgende Darstellung bestätigt, ein Versuch, auch in Österreich der "Volksdemokratie" den Weg zu eröffnen. Es war, mit anderen Worten, ein versuchter Verrat an Österreich - begangen von Männern der ÖVP, die Herr Dr. Gruber nicht nennt und die jeder kennt.

Wäre er gelungen - das heißt praktisch: wären nicht die Sozialisten gewesen, die ihn verhinderten - so wäre Österreich den Weg der Oststaaten gegangen. An Stelle der Adenauer-Wahlen, von denen sie heute träumt, hätte die ÖVP dann Bertinger-Wahlen nach ostdeutschem Muster in der Koalition ÖVP-Kommunisten machen können. Dann säße zwar heute manch ein ÖVP-Führer im kommunistischen Kerker wie Herr Bertinger - aber das österreichische Volk auch!

Als wir heuer während der Wahlbewegung einmal an die Figl-Fischerei erinnerten, war die ÖVP-Pressen dumme und dreiste genug, sich auszureden: damals hätten die Herren von der ÖVP mit den Kommunisten doch nur über die - Kriegsgefangenen reden wollen, eine harmlose und gute Absicht, das werde man doch noch dürfen ... Wir haben damals den dummen Dreisten gleich erwidert, die Lüge sei ihnen viel zu spät eingefallen: in allen Äußerungen und Veröffentlichungen aus der Zeit der Figl-Fischerei selbst, in der ganzen langen Nationalratsdebatte war davon niemals die Rede! Jetzt machen die Veröffentlichungen in Dr. Grubers Buch dieser Ausrede erst recht den verdienten Garaus und entlarven, einmal mehr, die ÖVP-Pressen als Lügner: von Kriegsgefangenen kein Wort! Vom Verrat an Österreich war damals die Rede!"

+ + +

Auf 2000 Einwohner - ein Arzt

(sp) Wie es im Gesundheitswesen in der Sowjetzone heute aussieht, schildert eine 85 Seiten starke Denkschrift, die jetzt vom Vorstand der SED herausgegeben wurde. Neben zahlreichen Statistiken enthält sie eine ausführliche Darstellung des nach sowjetischem Vorbild organisierten Gesundheitswesens, wobei auf die Tatsache, daß die auf dem Gebiet des Gesundheitswesens durchgeführte Umorganisation vor allem der ideologischen Beeinflussung und Kontrolle zu dienen hat, besonderes Gewicht gelegt wird.

Das eindeutige Ziel der Gesundheitspolitik in der Sowjetzone ist es, die arbeitende Bevölkerung unter die Kontrolle des Betriebsarztes zu bringen, die Existenz der freipraktizierenden Ärzte zu beseitigen und an deren Stelle Polikliniken zu setzen. Dahinter steht freilich nicht etwa das Problem einer besonderen ärztlichen Versorgung und der Erzüglung einer dem modernen Stand der ärztlichen Wissenschaften entsprechenden Diagnose und Therapie, sondern das Ziel, den freipraktizierenden Arzt als Anwalt des Kranken abzuschaffen und das Gesundheitswesen in den Dienst der Politik zu stellen.

Der Kampf wird seit langem systematisch geführt. Er begann damit, daß den freipraktizierenden Ärzten die Behandlung von Geschlechtskrankheiten untersagt wurde (Befehl Nr. 30 der SMAD). Im Zusammenhang damit stand die Bewirtschaftung bestimmter Medikamente und die Errichtung neuer Polikliniken, Betriebspolikliniken und Sanitätsstellen. Anfang 1949 wurde die Wiederlassungsordnung für Ärzte erlassen, mit der die Zulassung von freien Ärzten von staatlicher Seite bestimmt und an völlig dem staatlichen Ermessen überlassene Bedingungen geknüpft wird. Bedenkt man dabei noch den allgemeinen Terror, unter dem Ärzte stehen, die ihren Beruf ernst nehmen und in erster Linie dem Kranken helfen wollen, anstatt sich selbst zu einer KV-Maschine zu degradieren, wird die ansteigende Kurve der nach Westen abwandernden Ärzte verständlich. Heute leidet die Zone bereits unter einem akuten Ärztemangel, der in dem Verhältnis von einem Arzt auf 2000 Einwohner Ausdruck findet. Entsprechend der Praxis auf anderen Gebieten, z.B. in der Justiz, ging man daher im Juli 1952 zur Heranbildung sogenannter "Arzthelfer" über, die in Krankenhäusern und Kliniken eingesetzt werden und hier sogar das Recht haben, die Amputation von Gliedmaßen vorzunehmen.

Ausgehöhlte Sozialversicherung

Unter dem Zwang, die wirtschaftlichen und finanziellen Sollziffern einzuhalten, begann die Kürzung der Leistungen aus der Sozialversicherung und die Abwälzung der daraus entstehenden Lasten noch stärker auf den arbeitenden Menschen. Eine Voraussetzung auf diesem Wege war die Übertragung der Sozialversicherung auf die Leitung des "Freien deutschen Gewerkschaftsbundes", durch die die Sozialversicherung dem politischen Willen untergeordnet und ihres eigentlichen Sinnes, der Hilfe für den Einzelnen, beraubt wurde. Die Folge der Zweckentfremdung von Mitteln der Sozialversicherung sind die schlechten Verhältnisse im Krankenhauswesen in der Sowjetzone. Am 31.12.1952 standen dort, ohne Ostberlin, nur rd. 200000 Betten für allgemein Kranke und 50000 Betten für tbc-Kranke zur Verfügung. 1952 mußten 10000 Betten neu beschafft werden, weil eine Reihe von Krankenhäusern von der Volkspolizei beansprucht wurde.

Eine unmittelbare Folge der kommunistischen "Gesundheitspolitik" ist das Ansteigen der Krankenziffern. Daher sind Statistiken über den Krankheitszustand in der Sowjetzone strengstens gehütete Geheimnisse. Da in der SED-Denkschrift enthaltenen amtlichen Statistiken kommt daher für die westdeutsche Fachwelt besondere Bedeutung zu.

Verantwortlich: Peter Raunau